

(Vizepräsident Dr. Helmut Linssen)

(A) Verbesserung der Ausstattung der Polizei. Wer ist für den Antrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU und FDP **abgelehnt**.

Ich komme zu dem **Antrag Nr. 132**, Antrag der Fraktion der FDP **Drucksache 13/2011**, Stichwort: Erwerb von Geräten. Wer ist für den Antrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag Nr. 133**, Antrag der Fraktion der FDP **Drucksache 13/2012**, Stichwort: Erhöhung der Landeszuschüsse an Gemeinden, auf. Wer ist für den Antrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag Nr. 134** auf, Antrag der Fraktion der CDU **Drucksache 13/2013**, Stichwort: Stärkung der Förderung des Feuerschutzes. Wer ist für den Antrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU und FDP **abgelehnt**.

(B) Meine Damen und Herren, ich lasse jetzt über den Einzelplan 04 entsprechend der Beschlussempfehlung abstimmen.

(Widerspruch und Zurufe: 03! - Zuruf: Wir waren beim Haushalt des Innenministers! - Minister Jochen Dieckmann: Ich hätte vorher auch gern noch etwas gesagt!)

- Entschuldigung. Bis jetzt ging es ja ganz gut.

Ich lasse also über den Einzelplan 03 abstimmen entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 13/1803**. Wer ist für diese Beschlussempfehlung? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? -

(Marc Jan Eumann [SPD]: Bei Verwirrung der FDP-Fraktion!)

Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen **angenommen**.

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt **Nummer 5** auf:

Einzelplan 04: Justizministerium

(C)

Ich weise auf die Beschlussempfehlung hin; das ist die Drucksache 13/1804. Ich weise ebenfalls auf die Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP hin; es handelt sich um die laufenden Nummern 135 bis 141 in der Tischvorlage.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die CDU dem Kollegen Biesenbach das Wort.

(Beifall bei der CDU)

Peter Biesenbach (CDU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben an den letzten beiden Tagen bereits eine Vielzahl von Beispielen für die Handlungsunfähigkeit dieser Landesregierung und der sie tragenden Koalition erlebt.

(Beifall bei der CDU - Frank Baranowski [SPD]: Das ist reflexartig!)

Der Einzelplan 04 macht da leider keine Ausnahme,

(Frank Baranowski [SPD]: Das ist ein Reflex!)

(D)

denn er ist nichts anderes, Herr Baranowski - lesen Sie ihn -, als das Dokument einer wirklichen Mangelverwaltung. Dabei hatte der Justizminister

(Zuruf von der SPD: So ein Quatsch!)

- da versteht ihn wieder einer nicht - seine Ziele so vollmundig angekündigt. Allein die Analyse stimmte, als er meinte: Die weltpolitische Lage hat sich grundlegend verändert. - Wie wahr!

(Vorsitz: Präsident Ulrich Schmidt)

Umso wichtiger, meinte er, sei es, die Ziele heraufzusetzen, dass nämlich die Justiz ihren Modernisierungsprozess fortsetzen sollte, und er wollte die Funktionsfähigkeit der Justiz erhalten, er wollte die Justiz als dritte Gewalt in unserem demokratischen Gemeinwesen stärken und die Situation im Strafvollzug verbessern.

(Frank Baranowski [SPD]: Hat er alles geschafft!)

(Peter Biesenbach [CDU])

- (A) Wer sich diesen Entwurf ansieht, Herr Baranowski, den Entwurf für das kommende Jahr, der weiß genau, dass nicht eines dieser Ziele damit wirklich erreicht werden kann.

(Frank Baranowski [SPD]: Sie müssen einmal Ihre Brille putzen!)

Mit diesem Entwurf und mit den Möglichkeiten, die dem Minister eingeräumt werden, bleibt die Justiz ein Bereich, der auf den Felgen fährt, und er lebt und funktioniert nur deshalb, weil es eine staatlich angeordnete Dauerausnutzung der Beschäftigten und Mitarbeiter gibt. Das ist die Situation am Ende des Jahres 2001.

(Beifall bei der CDU)

Das ist unverantwortlich gegenüber den beschäftigten Menschen, das ist unverantwortlich gegenüber den Bürgern unseres Landes.

Einige Belege im Detail: Im Entwurf des neuen Haushalts 04 ist kein Beitrag zur Terrorismusbekämpfung vorgesehen.

(Frank Sichau [SPD]: Doch!)

- (B) An keiner Stelle ist erkennbar, Herr Sichau, wo der Justizminister seinen Beitrag leisten will. Die Bediensteten im Strafvollzug erfüllt es mit großer Sorge, wenn sie an die zusätzlichen Sicherheitsanforderungen denken, die z. B. für Täter aus der islamistischen Terrorszene erforderlich sind.

Ich darf aus der "Rheinischen Post" vom 31. Oktober 2001 zitieren: "Für diese Tätergruppe braucht man dreimal so viel Personal wie für normale Gefangene." Jedoch seien die NRW-Haftanstalten personell derart ausgedünnt, dass vielfach nicht einmal die äußeren Wachtürme besetzt seien.

(Theodor Kruse [CDU]: Hört, hört!)

Zweiter Gedanke: Auf der europäischen Ebene wird ein EU-weiter Haftbefehl mit europaweit tätigen Ermittlungsbehörden aktuell diskutiert. Die Ergebnisse sind in Kürze zu erwarten. In Nordrhein-Westfalen ist die Justiz auf diese neue und wichtige Aufgabe weder vorbereitet noch ist sie personell in der Lage, sie zu erfüllen.

(Theodor Kruse [CDU]: Unglaublich!)

Und der Justizminister? Ich bin davon überzeugt, dass er vieles der Analyse, die ich hier heute vortrage, still teilt. Nur: Er muss erkennen, dass er in dieser Landesregierung mit seinem Anliegen für die Rechtspolitik allein dasteht. Die Justiz hat in

- (C) Nordrhein-Westfalen, Herr Ministerpräsident - schön, dass Sie mich anschauen -, keine Lobby. Ja, ich freue mich, dass Sie zuhören.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ein ganz aktuelles Beispiel dafür liefert der morgige Tagesordnungspunkt 17.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Deren Vertreter war gerade da! Den hätten Sie einmal hören sollen, wie er das sieht!)

- Lassen Sie doch nur einmal die Wirklichkeit ein Stück von uns abbilden, nicht nur die, die Sie in den Anstalten darstellen.

Der morgige Tagesordnungspunkt 17 behandelt am Ende von drei Plenartagen die Zusammenlegung der beiden Justizvollzugsämter. Fünf Redeminuten sind den einzelnen Fraktionen eingeräumt.

(Zuruf von Frank Baranowski [SPD])

"Unbedeutend und unwichtig" zwingt sich hier als Bewertung ganz einfach auf. Wenn Sie die Fachleute hören - wir werden für die Diskussion sorgen -, sagen die eindeutig: Die Zusammenlegung der beiden Justizvollzugsämter zu diesem Zeitpunkt, den Sie vorhaben, wirft den Strafvollzug in Nordrhein-Westfalen mindestens um drei Jahre zurück.

(Beifall bei der CDU)

(D) Das ist unverantwortlich den Bürgern gegenüber in diesem Land. Das Thema Sicherheit werden wir in diesem Zusammenhang ebenfalls diskutieren.

(Zuruf von Ministerpräsident Wolfgang Clement)

- Sie werden es besser wissen, Herr Ministerpräsident, als jeder in diesem Raum, dass das lediglich ein Ergebnis ist, weil Herr Vesper seit Jahren darauf drängt, dass sich etwas tut. 1999 hat er sich im Kabinett noch nicht durchsetzen können, weil Herr Behrens stark genug war, es zu verhindern.

Dieser Anlauf klappt mit dem Ergebnis: Der Justizminister hat sich zu fügen. Das ist die Lage der Interessen der Lobby in dieser Landesregierung.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

(Peter Biesenbach [CDU])

- (A) Herr Ministerpräsident, eine Regierung, die Rechtspolitik so bestreitet, stärkt nicht die Justiz, sie baut die Kompetenz ab und sie wird zum Sicherheitsrisiko mit dieser Art von Politik.

(Beifall bei der CDU)

Die Funktionsfähigkeit der Justiz wird ebenfalls weiter geschwächt. Der personelle Fehlbestand der Justiz wird überhaupt nicht verändert. Es bleibt dabei: Es fehlen alleine im Bereich der Gerichte weiterhin über 1.000 Richter, über 500 Staatsanwälte, und die Lage im mittleren Justizdienst ist katastrophal.

Die Deutsche Justizgewerkschaft schreibt in der neuesten Ausgabe ihres Mitteilungsblattes:

"Insbesondere der nicht mehr vertretbare Personalabbau im mittleren Justizdienst wird dazu führen, dass in absehbarer Zeit Rechtspolitik in Nordrhein-Westfalen zur reinen Glückssache verkommt. Beispiele wie die völlige Überlastung im Bereich der Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf oder die Bankrotterklärung des Amtsgerichtes Düsseldorf, rückständige Akten in einer Größenordnung von 5.000 im Bereich der Zivil- und Strafbarkeit, belegen die alltägliche Realität."

- (B) Die Lage ist so katastrophal, dass jetzt zumindest schon der Präsident eines Oberlandesgerichtes seine Richter eindringlich gebeten hat, noch keine Aufsätze über die tatsächliche Lage im Bereich der Rechtsprechung zu schreiben.

(Theodor Kruse [CDU]: Das kann man sich gut vorstellen!)

Die Situation bei den Gerichten sieht so aus, dass die Oberlandesgerichte immer mehr beklagen,

(Zuruf von Ministerpräsident Wolfgang Clement)

dass aus den ersten Instanzen Klagen an sie herangetragen werden, die als unschlüssig abgewiesen wurden. Warum? Damit wird die erste Instanz die Verfahren los, und die zweite muss sie bearbeiten, weil es bei den OLGs eine Anweisung gibt, nichts zurückzuverweisen. Damit wird dem Recht suchenden Bürger eine komplette Instanz vorenthalten.

Herr Minister und Herr Ministerpräsident, wer so etwas zulässt, handelt unfair, handelt ungerecht, und er gefährdet den Rechtsstaat in kleinen Häppchen in diesem Land.

(Beifall bei der CDU)

Es war noch nie so leicht wie heute, in der Praxis die Einstellung von Strafverfahren zu erreichen. Das macht mir als Strafverteidiger natürlich Freude, weil ich Erfolge erzielen kann. Aber bei dem Gedanken, was passiert, ist es nicht zu verantworten.

Wer bei seinen Staatsanwälten eine Belastung von 1,62 Pensen im Durchschnitt und 1,9 im Höchstfall bei der Staatsanwaltschaft in Bonn in Kauf nimmt, darf sich nicht wundern, wenn das Denken nur noch auf die Mengenbewältigung gerichtet ist. Auch das ist unverantwortlich den Menschen dieses Landes gegenüber.

Da muss ich lesen, dass sich der Justizminister freut, weil er eine Bürgerbefragung durchführt - Herr Behrens, das wäre auch auf Ihr Vorhaben abzuleiten -, was ganz deutlich macht: Die Menschen sind offensichtlich zufrieden!

(Frank Baranowski [SPD]: Das gefällt Ihnen nicht, das ist klar!)

- Gegen die Bürgerbefragung habe ich ja gar nichts, wenn Sie die richtigen Fragen gestellt hätten. Wer wurde denn gefragt? Es wurden die Besucher gefragt. Die freuen sich natürlich, wenn sich die Richter bemühen. Aber es wurden doch alle die nicht gefragt, die die Probleme haben: Anwälte blieben außen vor, sie hätten ja inhaltlich etwas sagen können.

(Minister Jochen Dieckmann: Das stimmt doch nicht!)

Opfer von Straftaten blieben außen vor. Sie beklagen die Einstellung. Sie beklagen, dass sie den Eindruck haben, nicht ernst genommen zu werden.

(Minister Jochen Dieckmann: Sie sind doch gefragt worden! Das ist unseriös!)

Was waren denn die wirklichen Ergebnisse? Lesen Sie doch nach. Wer sich um den Zustand von Räumen und wer sich um die Zahl der Parkplätze kümmert, der schießt an den Problemen nicht nur haarscharf, der schießt kräftig vorbei!

(Beifall bei der CDU)

Wer so handelt, meine Damen und Herren, riskiert auch das Ansehen der eigenen Ernsthaftigkeit. Das muss deutlich gesagt werden.

Die Situation im Strafvollzug bleibt desolat. Herr Ministerpräsident, ein Zitat aus der Zeitung über Ihren Besuch in der JVA Ergste.

(Theodor Kruse [CDU]: Jetzt kommt es!)

(C)

(D)

(Peter Biesenbach [CDU])

(A) Dort war zu lesen:

"Dass inzwischen im Gefängnis ein anderer Wind weht, musste auch der Landesvater zugeben: Drogenmissbrauch, Gewalt, Schwierigkeiten aufgrund eines hohen Aussiedler- und Ausländeranteils bei den Häftlingen, Überbelegung der Zellen, zu wenig Personal machen den Mitarbeitern der Justiz den Alltag nicht einfach."

Was haben Sie antworten können?

"Es stimmt, die Belastung ist hart an der Kante."

So war es in der Zeitung zu lesen. Nein, die Belastung ist nicht hart an der Kante, da ist jeder längst runtergefallen. Ich habe es gesagt: Es bleibt dabei: "Staatlich verordnete Ausnutzung", das ist die Situation im Vollzug.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie sagen, es sei alles anders, schauen wir uns doch die Zahlen an. Bei der JVA Essen gibt es eine Soll-Stellenzahl von 215. Tatsächlich besetzt sind 144 Stellen - minus 33 %. In Remscheid, ein anderes Beispiel, 257 Soll-Stellen, besetzt 184 Stellen - minus 28 %. In Siegburg fehlen auch 30 % der zu besetzenden Stellen. Wie wird versucht zu helfen? Mit Ausbildungsplätzen, mit Auszubildenden wird geholfen, aber nicht einmal in der Zahl, die erforderlich ist.

(B)

Jeder weiß, dass die Auszubildenden in besonders sicherheitsrelevanten Bereichen eben nicht verwendet werden können. Das ist die staatliche Ausnutzung, die die Bediensteten täglich erfahren.

Wer wie in Essen riskiert, dass eine JVA mit 550 Tätern, insbesondere Untersuchungshäftlingen, nachts von sieben Bediensteten gefahren werden muss, von denen in der Regel zwei mit Ausführungen unterwegs sind, wer also riskiert, dass fünf Bedienstete 550 Häftlinge zu bewachen haben, der riskiert die Sicherheit. Das ist die Situation, die Sie sehenden Auges hinnehmen.

(Beifall bei der CDU)

Das Konzept zum Abbau der Überbelegung in der JVA ist gescheitert. Wir haben vor wenigen Tagen lesen können: Es sollten 600 neue Plätze geschaffen werden. Diese 600 neuen Plätze schaffen nicht einen einzigen neuen Haftplatz in der Relation. Wenn man die Zahlen der Landesregierung nimmt, die Sie für die Entwicklung der

nächsten Jahre abgeben, dann dient es lediglich dazu, die Zuwachszahlen, die im Ergänzungsbericht zum Entwurf des Justizhaushaltes vorliegen, aufzufangen.

(C)

Es tut sich nichts, es wird lediglich die Steigerung aufgefangen. Ebenso wenig ändert sich durch das Konzept etwas an der Überlastung des Vollzugs-personals. 145 Stellen sollen neu geschaffen werden. Prima! Aber die Prognosen gleichen es wieder aus, denn die Relation zwischen Häftlingen und Bediensteten bleibt ebenfalls gleich. Der Abbau von 1,3 Millionen Mehrarbeitsstunden pro Jahr wird so nicht möglich sein mit all den Folgen für die Gesundheit der Betroffenen und die Belastung ihrer Familien.

Das Fazit kann nur lauten: Der vorgelegte Entwurf des Einzelplans 04 verschlimmert die bereits desolaten Zustände im Bereich der Justiz. Der Entwurf ist ungerecht und unsozial. Er schadet dem Rechtsgedanken in unserem Lande und gefährdet die Sicherheit der hier lebenden Menschen.

(Glocke des Präsidenten)

Er ist Dokument der Mangelverwaltung. Deshalb wird ihn die CDU ablehnen.

(Beifall bei der CDU - Ministerpräsident Wolfgang Clement: Da muss man als Anwalt mal richtig arbeiten!)

(D)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollege Biesenbach. - Das Wort hat Herr Abgeordneter Sichau von der SPD-Fraktion.

Frank Sichau (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es geht um den Einzelplan 04 und morgen wird es um die Justizvollzugsämter gehen. Ich darf von dieser Stelle aus sagen, Herr Biesenbach, dass die Vereinbarung der Redezeit von fünf Minuten keine Festsetzung, sondern eine Vereinbarung der Fraktionen ist. Von daher kann auf eine bestimmte Wertigkeit überhaupt nicht geschlossen werden. Sie wissen genau, dass das erst der Anfang der Diskussion ist.

(Beifall bei der SPD)

Was den Haushalt ansonsten betrifft - darum geht es heute hauptsächlich -, stelle ich fest, dass das Projekt "Justiz 2003" planmäßig weitergeht, dass es systematisch entwickelt worden ist. Wir konnten uns auf der Informationstechnologietagung in Recklinghausen ausgiebig darüber informieren,

(Frank Sichau [SPD])

(A) dass es Ansätze sind, die tatsächlich zielführend sind.

Wir wissen, dass damit kw-Vermerke verbunden sind, dass damit bereits Stellen abgebaut sind und dass durch bestimmte Kinderkrankheiten Spannungen im Personalbesatz natürlich zu bewältigen sind. Das ist eine Sache, die alle Verwaltungen betrifft, die solche Informationstechnologien notwendigerweise einführen.

Ich denke mir - das kann man an dieser Stelle schon sagen -, es wird auch danach "Justiz 2006" folgen müssen, um Dokumentation und Archivierung an die Informationstechnologie anzupassen. Wir werden zwischendurch ein einheitliches Legitimationsverfahren für den elektronischen Schriftverkehr entwickeln müssen.

Es geht - davon haben Sie, Herr Biesenbach, gerade gesprochen - um unser 1999 auf den Weg gebrachtes Programm zum Abbau der Überbelegung im Justizvollzug. Dieses Programm geht selbstverständlich weiter. Es mag natürlich in Vergessenheit geraten, weil das Motto herrscht: "Heute Morgen gedacht, gestern gemacht, heute Abend wieder vergessen!"

(B) Die Debatte heute hat für meine Begriffe sehr wohl gezeigt, dass Oppositionsfraktionen mit einem kurzen Gedächtnis arbeiten und dass zum Teil gesagt wird: Hören Sie endlich auf mit der Mär von den 16 Jahren konservativ-liberaler Regierung.

(Zuruf von Peter Biesenbach [CDU])

Das war ein tiefer Einschnitt in die Geschichte dieser Republik, an dem wir noch lange zu knabbern haben werden.

(Beifall bei der SPD)

Wie gesagt: Das Programm geht weiter. Es geht um die Anstellung von 125 Probebeamten im allgemeinen Vollzugsdienst sowie um ca. 15 zusätzliche Stellen und planmäßig um die nächste Charge von insgesamt 25 Bewährungshelfern, die bekanntlich Sozialarbeiter sind.

Es geht auch um Erweiterungsbauten, um auf die Plätze abzuheben, die Sie, Herr Biesenbach, gerade genannt haben. Wir werden im nächsten Jahr den Erweiterungsbau der JVA Schwerte mit ca. 70 Plätzen beginnen. Es wird im nächsten Jahr ein Entwurfswettbewerb für den Neubau der JVA Willich II, der dem Frauenvollzug dient, geben. Wir gehen von einem Baubeginn im Jahre 2003 aus. Das ist ausgesprochen wichtig, weil wir ge-

(C) rade im Frauenbereich einen außerordentlichen Belegungsdruck haben. Wir haben rechnerisch 970 Gefangene bei 920 Plätzen.

Ich will in einem weiteren Schritt auf die Forderungen eingehen, die Sie im Ausschuss gestellt und gerade wiederholt haben, die wir im Ausschuss diskutiert haben, wenn es darum geht, mehr Staats- und Amtsanwälte, mehr Richter, mehr Beamte im AVD und mehr Schreibkräfte einzustellen. Hier müssen die vorhandenen kw-Vermerke beachtet werden. Man kann nicht einfach sagen, es gibt zwar kw-Vermerke, aber wir stellen zusätzlich ein. Dies ist für unsere Begriffe unredlich.

Es geht nicht, dass kein gefestigter zusätzlicher Bedarf einfach eingestellt wird. Es geht erst recht nicht, das man von globalen Mehrausgaben spricht - Herr Söffing, das war Ihre Fraktion - und sagt, so soll das sein. Ein Finanzierungsvorschlag wird dazu natürlich nicht geliefert. Das ist für unsere Begriffe das Gegenteil von Solidität, die Sie uns angesichts der dargestellten Haushaltsknappheit immer in Abrede stellen.

Ich kann - das zieht sich durch diese Debatte in diesen Tagen - bei Ihren Beiträgen nur von einer Debatte der gespaltenen Zunge sprechen.

(Beifall bei der SPD)

(D) Wir stellen zusätzlich 5 Millionen Euro - Herr Biesenbach, ich weiß nicht, warum Ihnen das entgangen ist - zur Erhöhung der Sicherheitsstandards im Justizhaushalt ein. Ich weiß nur, dass Sie sich in den Anträgen, die wir heute vorliegen haben, gegen ergänzende private Unterstützung wenden, obwohl wir - das muss wohl zu liberal-konservativer Zeit im Bund geschehen sein - seit längerem private Hilfskräfte auf unseren Flughäfen im Einsatz haben.

Ich darf Ihnen zwischendurch noch sagen, dass wir aufgrund der Tatsachen, die wir in den 70er-Jahren erleiden mussten, Haftanstalten in Nordrhein-Westfalen haben, die für terroristische Straftäter mehr als geeignet sind. Ich denke, dies darf man nicht einfach unter den Tisch fallen lassen. Es ist Köln, aber auch Düsseldorf und Aachen-Neu zu nennen. Die Liste ließe sich weiter fortführen.

Uns geht es im Weiteren bei diesem Haushalt um Strukturverbesserungen. Wir haben im vergangenen Jahr die Leiter der allgemeinen Vollzugs- und der Werkdienste in größeren Anstalten höhergruppiert. Wir werden im nächsten Jahr die besondere

(Frank Sichau [SPD])

(A) Funktion der stellvertretenden Anstaltsleiter, die zugleich Verwaltungsleiter sind - das sind 16 Stellen - in den Höheren Dienst überleiten, um dieser besonderen Verantwortung gerecht zu werden. 80 Grundbuchführer werden höhergruppiert, ein Ergebnis der gestiegenen Verantwortung durch die Einführung des elektronischen Grundbuches, wobei man sehen muss, dass es zwei Verfahren gibt. Wir werden von FOLIA auf ein anderes Verfahren umstellen.

Wir haben 431 Höhergruppierungen - um in diesen wenigen Minuten des Vortrags nur einige Beispiele zu nennen - in den neu errichteten Serviceeinrichtungen bei unseren Gerichten. Das hängt mit neuen Tarifvertragsstrukturen zusammen. Dies ist dem mittleren Dienst zuzuordnen. Ich weiß nicht, wie Sie dazu kommen, hier Kritik in Bezug auf den mittleren Dienst zu äußern.

Wir werden 35 weitere Gerichtsvollzieher einstellen. Herr Söffing, Sie haben ja im Ausschuss auf den Bedarf aufmerksam gemacht. Das ist sicherlich kein Optimum. Aber angesichts der Haushaltssituation ist es ein Schritt in die richtige Richtung.

(B) Wir werden den Zuschuss für die außerordentlich wichtige Begleitung Ehrenamtlicher, die vielfältig neben den Hauptberuflern im Vollzug tätig sind, durch Überrollen auf der bisherigen Höhe von 1.891.800 Euro halten. Ich denke, das ist ausgesprochen wichtig. Das ist kein Ritual, sondern Ergebnis der Diskussion in der Fraktion und letztlich auch in der Koalition.

Wir werden den Zuschuss für Beratungsstellen im Bereich Haftvermeidung - Gemeinnützige Arbeit um 205.000 Euro erhöhen. Auch dies ist eine gute Sache, die zugleich betriebswirtschaftlich erfolgreich ist - das kann man belegen - und die Spitzenlasten verringert oder gar abbaut.

Wir haben am Wochenanfang das Jubiläum "25 Jahre Fachhochschule für Rechtspflege" in Bad Münstereifel begangen. Dort ist eine erfolgreiche Arbeit zu verzeichnen.

In der Umfrage, auf die Sie abgehoben haben, wird der Justiz eine gute Arbeit bescheinigt. Wenn es weitere Umfragen in weiteren Segmenten gibt, sollte man nicht gegen die Ergebnisse dieser Umfrage polemisieren, sondern weitere Profile einbringen und abfordern, um zu sehen, in welchen Bereichen weitere Qualitätserhebungen und gegebenenfalls auch Entwicklungen erforderlich sind.

Insgesamt kann man sagen: Wir sind in dieser außerordentlich schwierigen Zeit, die Erblast aus 16-jähriger konservativ-liberaler Politik ist, auf einem guten Weg. Von daher kann ich nur sagen: Wir stimmen natürlich der Beschlussempfehlung zu. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Herr Sichau. - Das Wort hat für die FDP-Fraktion der Abgeordnete Söffing.

Jan Söffing (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch im Haushaltsjahr 2002 ist die Personalsituation der Justiz wie im vergangenen Jahr durch eine chronische personelle Unterbesetzung geprägt. Eine Verbesserung bei den Staatsanwaltschaften ist nicht in Sicht. Ein Stellenfehlbestand von immer noch ca. einem Drittel ist angesichts der Bedrohung durch terroristische Aktivitäten und organisierte Kriminalität mehr als bedenklich.

Die allgemeine wirtschaftliche Lage verschlechtert sich zunehmend. Firmenpleiten bestimmen mehr und mehr das wirtschaftliche Tagesgeschehen. Dennoch sieht sich die Landesregierung nicht in der Lage, durch eine ausreichende Zahl von Gerichtsvollziehern wenigstens die Vollstreckung titulierter Forderungen zeitnah sicherzustellen. Allein die Kenntnis - wie sie formuliert ist -, die Arbeitsaufgaben hätten sich auf hohem Niveau verfestigt, reicht da nicht aus. Hier ist Handlungsbedarf angezeigt.

Die im Haushaltsentwurf 2002 aufgeführten zusätzlichen Stellen für Gerichtsvollzieher - Herr Kollege Sichau, Sie hatten sie eben angesprochen - führen jedoch zu keiner Verbesserung der angespannten Lage. Sie dienen lediglich dazu, bereits jetzt schon als Gerichtsvollzieher tätige Beamtinnen und Beamte verplanen zu können.

Eine wirkliche Verbesserung, wenn es denn darum geht, hätte unser bereits im vergangenen Jahr unterbreiteter Vorschlag nach sich gezogen, die 80 zur Übernahme anstehenden Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger dem Gerichtsvollzieherdienst zugute kommen zu lassen. Sie, Herr Minister, haben auf einen freiwilligen Wechsel gebaut. Dies ist nur zu einem geringen Teil geglückt und

(C)

(D)

(Jan Söffing [FDP])

(A) bleibt zahlenmäßig weit hinter dem zurück, was wir vorgeschlagen haben und worauf wir bereits im vorigen Jahr warnend hingewiesen haben.

Aber nicht nur der Gerichtsbereich, sondern auch derjenige des Strafvollzugs bereitet in diesem Jahr wieder zunehmend Sorge. Zu Recht weist die Landesregierung in den Haushaltsunterlagen darauf hin, dass die Sicherheitslage im geschlossenen Vollzug nach wie vor durch eine im Vergleich zu früher schwierigere Gefangenenklientel geprägt ist. Unter Sicherheitsgesichtspunkten sei die Personalsituation in den Justizvollzugsanstalten des geschlossenen Vollzugs mehr als angespannt.

Angesichts einer solch dramatischen Schilderung der Situation durch die Landesregierung sollte man eigentlich ein beherztes Zupacken erwarten. Allerdings Fehlanzeige! Trotz der bedrohlichen Lage geht die Gesamtzahl der Stellen im Strafvollzug um 98 Stellen zurück. Die Vollzugsbediensteten schieben weiterhin über 1 Million Überstunden vor sich her. Der Strafvollzug entwickelt sich damit zu einer tickenden Zeitbombe.

Angesichts der terroristischen Bedrohung ist dies nicht weiter hinnehmbar. Und diese Bedrohung ist ja nicht virtuell, diese Bedrohung ist real. Innenminister Behrens geht ja davon aus, dass sich allein in Nordrhein-Westfalen ca. 100 so genannte Schläfer aufhalten.

(B)

(Zuruf von Frank Baranowski [SPD])

Würden auch nur einige wenige von diesen potenziellen Terroristen aufgespürt,

(Frank Baranowski [SPD]: Würden!)

so dürfte damit der nordrhein-westfälische Strafvollzug schlicht personell überfordert sein.

(Frank Baranowski [SPD]: Würden!)

- Ja, "würden". Wir müssen doch darauf vorbereitet sein, Herr Baranowski. Das Aufspüren der Terroristen, worüber heute so viel geredet worden ist, ist das eine. Aber der alltägliche Umgang mit derart gefährlicher Klientel auch über einen längeren Zeitraum ist das andere.

Wenn der Strafvollzug schon heute bei ordnungsgemäßer Bewältigung der bisherigen Aufgaben an die Grenze der Belastbarkeit gekommen ist, so muss angesichts der derzeitigen Bedrohungslage Vorsorge getroffen werden. Nachher ist das Kind in den Brunnen gefallen. Sie können die Leute ja nicht mit einem Mal schnitzen.

Die FDP fordert daher mit Blick auf die Sicherheitslage, im Vollzugsbereich 110 zusätzliche Personen einzustellen. Nur so können wir dem begegnen.

(C)

Als weitere Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus halten wir auch eine personelle Aufstockung im Bereich der Gerichtsbarkeit sowie insbesondere im Bereich der Staatsanwaltschaften für dringend erforderlich. Gerade die Geldwäsche ermöglicht es international agierenden Terroristen erst, sich ausreichenden finanziellen Rückhalt zu verschaffen. Darüber wurde schon häufig diskutiert.

Der vorgelegte Justizhaushalt wird diesen terroristischen Herausforderungen jedenfalls in keiner Weise gerecht. 370 Millionen DM will die Landesregierung in den nächsten Jahren zusätzlich in die innere Sicherheit investieren. Das ist gut so. In der ersten Ergänzung des Haushaltsentwurfs wurden für den Bereich Justiz auch 5 Millionen Euro, also rund 10 Millionen Mark, bereitgestellt.

Das ist nicht viel, aber es sollte noch eine zweite Ergänzung kommen. Aber diese zweite Ergänzung sieht keine weiteren Mittel zur Stärkung der inneren Sicherheit für den Bereich der Justiz vor, sondern vielmehr eine globale Minderausgabe von rd. 18 Millionen Euro. Unter dem Strich wird also nicht mehr, sondern weniger Sicherheit damit im Bereich des Haushaltsplans 04 gewährt.

(D)

Den Menschen im Lande wurde zunächst pressewirksam erklärt, man gebe Millionenbeträge für die innere Sicherheit aus. Anschließend macht man dann aber klammheimlich wieder einen Rückzieher durch globale Minderausgaben. Das ist jedenfalls keine überzeugende Sicherheits- und Haushaltspolitik.

Lassen Sie mich einen letzten Aspekt ansprechen: die Aufwandsentschädigungen und Vergütungen an Vormünder, Pfleger und Betreuer. Das neue Betreuungsrecht hat sich in den vergangenen Jahren zugunsten der alten und kranken Mitmenschen uneingeschränkt positiv ausgewirkt. Hieran will ich überhaupt gar keinen Zweifel aufkommen lassen. Gleichwohl muss es erlaubt sein, im Rahmen einer Haushaltsdebatte auf die für diesen Bereich explosionsartig gestiegenen Kosten hinzuweisen. Wir haben fast die Grenze von 100 Millionen Euro für Aufwandsentschädigungen und Vergütungen erreicht. Das ist ein Betrag, mit dem niemand bei der Schaffung der neuen gesetzlichen Regelung gerechnet hat. Das ist aber

(Jan Söffing [FDP])

- (A) auch ein Betrag, der in dieser Größenordnung den Haushalt erheblich belastet. Ein Ende der Kostensteigerung ist nicht absehbar.

Auch hier schlägt - wie in vielen anderen Bereichen - der demographische Faktor voll durch. Aber hiermit lässt sich sicherlich nicht alles erklären. Es muss auch der Frage nachgegangen werden, in welchem Umfang es sich eine Gesellschaft leisten kann, Aufgaben zu sozialisieren, also von der Allgemeinheit bezahlen zu lassen. Man wird auch der Frage nachgehen müssen, ob gesetzliche Regelungen künstlich einen Bedarf schaffen, der dann natürlich gerne gegen entsprechende Bezahlung gedeckt wird.

Auch wenn hier Bundesrecht tangiert wird, werden wir nicht umhinkommen, uns diesem Thema zu widmen; denn die Landeshaushalte müssen dafür sorgen, dass ausreichend Mittel zur Verfügung stehen. Dass dies von Jahr zu Jahr - wie auch die diesjährige Haushaltsdebatte zeigt - schwieriger wird, muss dazu führen, dass wir auch dieses Thema nicht weiter vor uns herschieben. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP)

- (B) **Präsident Ulrich Schmidt:** Danke schön, Kollege Söffing. - Das Wort hat Frau Abgeordnete Haußmann für Bündnis 90/Die Grünen.

Sybille Haußmann¹⁾ (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch der Justizhaushalt ist geprägt von der schwierigen Haushaltslage. Das ist von den Rednern der Opposition auch sehr nachdrücklich angeprangert worden. Für meine Fraktion ist das der Anlass, konsequent Projekte weiter zu unterstützen, die sich durch Konzepte der Prävention und der Haftvermeidung auszeichnen. Prävention und Haftvermeidung - wo es möglich und nötig ist - zeichnen sich dadurch aus, dass vielerlei positive Effekte erzielt werden können.

Prävention im Bereich der Justiz bedeutet, dass weitere Straftaten vermieden werden. Das ist ein Beitrag zum Opferschutz. Das ist ein Beitrag zu mehr innerer Sicherheit. Das geschieht z. B. durch eine erfolgreiche Integration in ein Leben nach dem Strafvollzug.

Meine Damen und Herren, das wird am allerbesten durch ehrenamtliche Helferinnen und Helfer geleistet, weil sie das normale Leben in die Haft-

häuser bringen. Das können Hauptamtliche der Bewährungshilfe nur halb so gut. Deshalb hat sich unsere Fraktion zusammen mit der SPD dafür eingesetzt, die Kürzungen, die der Kabinettsentwurf enthielt, rückgängig zu machen.

(Frank Baranowski [SPD]: Das war gut so!)

- Genau!

(Beifall bei der SPD)

Gerade im zu Ende gehenden Jahr des Ehrenamtes möchte ich an dieser Stelle die Arbeit der Ehrenamtlichen der freien Straffälligenhilfe hervorheben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, stellen Sie sich vor, Sie würden in Ihrem Bekanntenkreis erzählen, dass Sie sich ehrenamtlich für Straffällige engagieren. Ich bin mir sicher, dass Sie nicht viel Lob und Anerkennung dafür bekommen würden. Der Tenor der Reaktionen wäre eher: Wieso denn ausgerechnet Straftäter? Es gibt doch so viel andere Bereiche, wo man sich ehrenamtlich engagieren kann und die besser und schöner sind, wie z. B. für behinderte Kinder oder in den örtlichen Sportvereinen?

Selten stoßen Ehrenamtliche der freien Straffälligenhilfe auf Unterstützung in der Öffentlichkeit. Selbst in der Richterschaft ist es schwierig, für diese Arbeit in Form von Bußgeldern Unterstützung zu erhalten. Deshalb ist es besonders wichtig, dass das Land hier finanzielle Unterstützung leistet und sich als verlässlicher Partner erweist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der andere Bereich, in dem wir als Grünen-Fraktion uns in diesem Jahr besonders engagiert haben, sind die Projekte der Haftvermeidung. Sie alle wissen: Es gibt das Konzept zum Abbau der Überbelegung. Herr Sichau hat es eben auch schon angesprochen. Dieses Konzept beinhaltet Umbauten, Neu- und Erweiterungsbauten bei den Hafthäusern. Es beinhaltet nicht die konsequente Vermeidung von Hafttaten.

Meine Damen und Herren, wer von Ihnen weiß, dass Hunderte von Gefangenen in den Haftanstalten Nordrhein-Westfalens nur deshalb sitzen, weil sie ihre Geldstrafen nicht bezahlt haben?

(Frank Sichau [SPD]: 500!)

- So genau hatte ich das nicht nachgelesen.

Diese Zahl zu senken, ist das Anliegen der Projekte zur Haftvermeidung z. B. in Düsseldorf und Köln.

(C)

(D)

(Sybille Haußmann [GRÜNE])

- (A) Die CDU, die immer für mehr Sicherheit und härtere Strafen eintritt, ist aber mit uns einer Meinung, dass es Sinn macht, bei von nicht gezahlten Geldstrafen Haft zu vermeiden, ohne dass sich an der inneren Sicherheit damit in irgendeiner Weise etwas ändert. An der Stelle kommen wir selbst mit der CDU auf einen gemeinsamen Nenner.

Schließlich haben sich die Richterinnen und Richter etwas dabei gedacht, Geldstrafen statt Haftstrafen zu verhängen. Es ist schwer vorstellbar, dass oft in unseren Haftanstalten Leute nur deshalb einsitzen, weil sie zu chaotisch waren, ihre Geldstrafe rechtzeitig zu bezahlen, weil sie beispielsweise ihre Briefe nicht aufgemacht haben oder ihr Konto zu weit überzogen hatten, um kurzfristig an Geld zu kommen. Manchmal liegt es sogar daran, dass sie zufällig bei einer Straßenkontrolle gefasst wurden und nicht mehr die Gelegenheit hatten, an einen Geldautomaten zu gehen, um dort die nötige Summe abzuheben.

Meine Damen und Herren, hier setzen die Projekte zur Haftvermeidung an, die durch eine gezielte sozialpädagogische Betreuung dafür sorgen, dass vom ersten Hafttag an Maßnahmen ergriffen werden, damit die geforderte Geldstrafe bezahlt werden kann.

- (B) Erstmals haben wir in diesem Haushalt einen Betrag von 205.000 Euro für Projekte zur Haftvermeidung zur Verfügung stellen können. Ich möchte Ihnen in diesem Zusammenhang einige Zahlen aus dem Haftvermeidungsprojekt des Maßstab e. V. in Köln nennen, in dem zurzeit zwei Sozialarbeiter beschäftigt werden: Im Rahmen dieses Projektes sind im Jahre 2000 112.667 DM zusätzlich in die Staatskasse eingezahlt worden. Dadurch wurden insgesamt 111 Personen 5.263 Hafttage erspart. Diese 111 Menschen brauchten nicht mehr in Haftanstalten untergebracht, verköstigt und bewacht zu werden. Die Überbelastung der Justizvollzugsbeamten ist genannt worden. An dieser Stelle leisten wir einen konkreten Beitrag zur Entlastung des Personals. Wenn man alleine die Kosten für die Versorgung und Betreuung nimmt, die mit 20 bis 25 DM veranschlagt werden können, so wurden 100.000 DM eingespart. Das heißt: Die zwei Sozialarbeiterstellen haben sich innerhalb eines Jahres längst amortisiert.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Im Übrigen möchte ich auch noch auf das eingehen, was Sie eben gesagt haben, Herr Söffing, als Sie über die Überstunden der Justizvollzugsbediensteten gesprochen haben: Es wundert mich, dass die Zahlen in Ihrem Redebeitrag exorbitant gestiegen sind, ja, sich verdoppelt haben. Nach allem, was wir bisher gehört haben und was in den Ausschüssen diskutiert worden ist, gingen die Verbandsvertreter - insbesondere des BSBD - von 500.000 Überstunden aus, und Sie sprechen von einer Million Überstunden. In der neuesten Veröffentlichung des BSBD ist diese Zahl abgedruckt worden.

Wir bleiben bei unserem Konzept der Haftvermeidung statt weiterer Personaleinstellungen, weil sich auch über Haftvermeidung die positiven Effekte an vielen Stellen zeigen, weil die Leute z. B. ihre Wohnung nicht dadurch verlieren, dass sie im Knast sitzen müssen, weil sie ihre Arbeitsstelle nicht verlieren, ihre Familien nicht unnötig belastet werden.

Meine Damen und Herren, diese Form des Abbaus von Überbelegung ist noch lange nicht an ihrem Limit angelangt. Ich hoffe, dass wir die Haftvermeidung - wohlgerne: ohne jegliche Abstriche bei der inneren Sicherheit - in den nächsten Jahren ausbauen und um weitere Anstrengungen der Haftverkürzung ergänzen können.

Meine Damen und Herren, die Grünen-Fraktion ist auch in diesem Jahr sich und ihren Grundsätzen in der Rechtspolitik treu geblieben, nämlich der Stärkung präventiver und haftvermeidender Ansätze in der Justiz. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Ich danke Ihnen, Frau Kollegin Haußmann. - Das Wort hat Herr Justizminister Dieckmann.

Jochen Dieckmann, Justizminister: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Justiz im Lande Nordrhein-Westfalen hat auch im zu Ende gehenden Jahr gute Arbeit geleistet. Das gilt namentlich für den Strafvollzug, aber auch für die Angehörigen der ordentlichen Gerichtsbarkeit, der Fachgerichte und nicht zuletzt der Staatsanwaltschaften.

(C)

(D)

(Minister Jochen Dieckmann)

- (A) Der Ihnen vorliegende Haushaltsentwurf für das Jahr 2002 versetzt die Justiz in die Lage, dies fortzuführen. Wie beim Einzelplan 03, den wir zuvor beraten haben, sind auch hier nicht alle Wünsche wahr geworden. Ich bin aber sicher, dass die Regierungsfractionen und die Landesregierung in großer Verantwortung für das Erforderliche und das Machbare hier einen Weg gewiesen haben, der eine gute Plattform für die wichtige Aufgabe der Justiz im kommenden Jahr ist. Unsere Schwerpunkte sind die Fortsetzung des Modernisierungsprozesses, ein wichtiger Beitrag zur Terrorismusbekämpfung und Fortschritte bei der Situation des Strafvollzugs.

Was die Modernisierung angeht, so befinden wir uns auf einem guten Weg, das Projekt Justiz 2003 fristgerecht zum Abschluss zu bringen. Wir haben in der gesamten IT-Ausstattung der Gerichte inzwischen einen Stand von 75 % erreicht. Das ist termin- und plangerecht geschehen und berechtigt uns zu der Hoffnung und sicheren Annahme, dass wir pünktlich abschließen werden. Wenn und soweit es Probleme gegeben hat, beruhten die u. a. darauf, dass uns ein privater Partner bei der Entwicklung einer wichtigen Software nicht rechtzeitig helfen können. Diese Probleme sind in den Blick genommen und alle einzeln gelöst worden.

- (B) Herr Biesenbach, auch wenn Ihnen das naturgemäß nicht passt: Wir sind vorangekommen, auch beim Bürgerservice. Ich bin ein bisschen stolz darauf, dass die Befragten so gute Noten erteilt haben. Dass Sie das nicht akzeptieren mögen, liegt vielleicht daran, dass wir bewusst diejenigen gefragt haben, die sich länger im Gerichtsgebäude aufgehalten haben und sich ein Bild von der Arbeitsweise der Justizangehörigen machen können.

Sie können auch in Ihrer Rolle als Rechtsanwalt unbesorgt sein; Sie kommen auch noch dran. Es ist unsere feste Absicht, die Anwälte und nicht zuletzt unsere eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu befragen. Das alles ist schon vorgesehen.

Nun ist - das war unvermeidlich - die pressewirksame Situation des Amtsgerichts Düsseldorf angesprochen worden. Verehrter Herr Biesenbach, dazu möchte ich ganz präzise sagen: Angesichts der hohen Zahl von 130 Amtsgerichten in Nordrhein-Westfalen ist Düsseldorf nicht am Schlechtesten dran. Das habe ich mir sehr sorgfältig angesehen. Das Amtsgericht Düsseldorf hat

deutlich eine der geringsten Mängelquoten aufzuweisen. Trotzdem ist Düsseldorf auffällig, denn wir haben dort mit die höchste Quote der Richterinnen und Richter, die immer noch ohne Diktiergerät in die mündliche Verhandlung gehen und sich dafür eine Mitarbeiterin des Schreibdienstes kommen lassen. Bei allen Grenzen, die uns die richterliche Unabhängigkeit im Alltag setzt: Das ist eine Aufgabe, an der wir gemeinsam arbeiten sollten, um auch das Wir-Gefühl in allen Gerichten zu fördern.

Nun ist hier das schwarze Lied der Terrorismusbekämpfung gesungen worden. Herr Sichau hat schon erwidert: Wir stellen 3 Millionen Euro für die Zugangssicherung der Gerichte und Staatsanwaltschaften zur Verfügung. Weitere 2 Millionen Euro investieren wir in die Sicherheit insgesamt. Herr Biesenbach, ich bitte Sie herzlich: Lassen Sie sich bei Ihrem Horrorszenario, insbesondere was die nicht besetzten Wachtürme bei den Justizvollzugsanstalten angeht, nicht von einer veralteten Sicherheitspolitik lenken. Ich nehme an, dass der von Ihnen zitierte Bericht in der "Rheinischen Post" ein Gespräch mit dem namhaften Vertreter einer Berufsorganisation wiedergibt. Meine Damen und Herren, seien Sie unbesorgt: Die Wachtürme haben heute eine andere Funktion als zu der Zeit, zu der sie gebaut wurden. Moderne Haftanstalten haben keine Wachtürme mehr, weil das nicht mehr der Stand der Technik ist.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich will noch einmal hervorheben: Bereits heute kann sich der Justizvollzug in Nordrhein-Westfalen bundesweit und darüber hinaus sehen lassen, was seine Sicherheitsgarantien auch in Bezug auf Terroristen anbelangt. Herr Kaplan, den wir vorhin in der Beratung über den Einzelplan 03 erwähnt hatten, befindet sich in einem nordrhein-westfälischen Gefängnis.

(Zuruf von der CDU)

Wir sind auch für andere Bundesländer als Dienstleister tätig. Nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem Fall Schmöckel hat sich gezeigt, dass jedenfalls die Sicherheitsfachleute anderer Länder quer zur parteipolitischen Verantwortung hohes Vertrauen in den Justizvollzug von Nordrhein-Westfalen haben.

(Beifall eines Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, ich würde gerne einige Dinge gerade rücken, die insbesondere Herr Bie-

(C)

(D)

(Minister Jochen Dieckmann)

(A) senbach beigetragen hat. Herr Biesenbach, Sie haben Ihre Rolle. Ich habe meine, Sie haben Ihre Rolle. Aber: So weit weg von der Wirklichkeit wie heute waren Sie noch nie.

(Beifall eines Abgeordneten der SPD)

Sie haben u. a. das Kräfteverhältnis innerhalb des Landeskabinetts etwas schief dargestellt. Die Entscheidungen über das Landesjustizvollzugsamt sind alle in meiner Amtszeit getroffen worden. Entscheidungen, die Sie Herrn Behrens zugeschrieben haben, möchte ich schon gerne für mich in Anspruch nehmen. Wir haben morgen Gelegenheit, uns darüber zu unterhalten.

Wenn Sie behaupten, es fehlen 1.000 Richterstellen, dann ist das eine schöne Zahl. Ich hätte diese Stellen auch gerne. Warten Sie aber doch erst einmal ab, was das bundesweite neue Programm zur Bemessung von Richterpensen unter Beiziehung einer namhaften Unternehmensberatung bringt. Es wird zeigen, wie weit wir diese Zahlen, die Sie nennen, noch brauchen können.

Präsident Ulrich Schmidt: Entschuldigung!

(B) **Jochen Dieckmann,** Justizminister: Ich würde gerne kompakt zum Ende kommen. Wir haben noch Gelegenheit, die gesamte Thematik im Rechtsausschuss zu vertiefen.

1 Million Überstunden: Das muss man halbieren, Herr Söffing. Davon sind auch nur 250.000 zu vergüten. Wir sind mit Nachdruck dabei, den Ursachen auf den Grund zu gehen. Es liegt auch manches im Organisatorischen.

Lassen Sie mich nicht zuletzt das Thema "Gerichtsvollzieher" ansprechen. Herr Söffing, natürlich möchte ich schon, dass wir die jungen Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger nach ihrer Prüfung nicht zwangsweise im Gerichtsvollzieherdienst einsetzen. Es kommt nicht nur darauf an, dass jemand Rechtskenntnisse hat. Gerade in der schwierigen Situation, in der sich unsere Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher heute befinden, ist es zum einen wichtig, dass sie eine gereifte Persönlichkeit haben, wie man das so schön nennt. Das heißt, es müssen schon gestandene Menschen mit Lebenserfahrung sein. Zum zweiten kann ich zur Erfüllung einer so komplizierten und anforderungsvollen Aufgabe nicht Men-

schen versetzen und mit Macht dazu zwingen. Da baue ich nach wie vor auf Freiwilligkeit. Der Haushaltsplan sieht die notwendigen Verstärkungen dafür vor. (C)

Lassen Sie mich zu dem leidigen Komplex "Betreuungskosten" Folgendes wiederholen. Sie wissen, dass ich in vorderster Linie darum bemüht bin, dass wir auf Bundesebene zu einer neuen Lösung kommen, und zwar nicht nur unter finanziellen, sondern auch unter qualitativen Gesichtspunkten. Ich bin sicher, wir haben manchen Betreuungsfall, den man im Verwandten- oder im Freundeskreis sachgerechter begleiten kann, als das mit den aufwändigen Honoraren eines Berufsbetreuers heute möglich ist.

(Beifall bei der SPD und von Jan Söffing [FDP])

Ich glaube, dass ist eine Diskussion, die wir auch den Betroffenen schulden. Seien Sie ganz unbesorgt. Der Justizminister von Nordrhein-Westfalen mit Namen Jochen Dieckmann hat bereits vor einem Jahr bei der Justizministerkonferenz darauf hingewirkt, dass dies eine bundesweite Diskussion ist. Es mag Sie beruhigen: Die dazu eingesetzte Bund-Länder-Arbeitsgruppe arbeitet unter dem Vorsitz der zuständigen Gruppenleiterin des Justizministeriums von Nordrhein-Westfalen und befindet sich damit in guten Händen. (D)

Meine Damen und Herren, alles in allem ist es ein knapper aber auskömmlicher Einzelplan 04, über den Sie jetzt zu entscheiden haben. Die Justizangehörigen unseres Landes werden in der gewohnten Verantwortungsbereitschaft und in dem gewohnten Verantwortungsbewusstsein die damit verbundenen Hoffnungen einlösen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Justizminister. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung zum Einzelplan 04.

Wir stimmen ab zum Einzelplan 04, und zwar über die Änderungsanträge 135 bis 141 entsprechend der Ihnen vorliegenden Übersicht.

Ich rufe den Änderungsantrag Nr. 135 der Fraktion der CDU Drucksache 13/2014 auf - Stichwort: Reduzierung der Ausgaben. Wer ist für diesen Antrag der CDU-Fraktion? - Die Antragstel-

(Präsident Ulrich Schmidt)

(A) lerin. Wer ist dagegen? - Die Koalitionsfraktionen und die FDP. - Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Ich rufe den **Änderungsantrag** Nr. 136 der FDP **Drucksache 13/2015** auf - Stichwort: Verstärkung der inneren Sicherheit. Wer stimmt zu? - FDP- und CDU-Fraktion. Wer ist dagegen? - Die Koalitionsfraktionen. Gibt es Stimmenthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von FDP- und CDU-Fraktion **abgelehnt**.

Ich rufe den **Änderungsantrag** Nr. 137 der CDU-Fraktion **Drucksache 13/2016** auf - Stichwort: Zugang von Planstellen im Justizbereich. Wer ist für diesen Antrag der CDU-Fraktion? - Die CDU. Wer ist dagegen? - Die Koalitionsfraktionen. Stimmenthaltungen? - Bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Ich rufe den **Änderungsantrag** Nr. 138 der CDU-Fraktion **Drucksache 13/2017** auf - Stichwort: Verbesserung der Beförderungssituation. Wer ist für diesen Antrag der CDU-Fraktion? - CDU. Wer ist dagegen? - Die Koalitionsfraktionen. Stimmenthaltungen? - Bei Stimmenthaltung der FDP ist dieser Antrag **abgelehnt**.

(B) Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag** Nr. 139 der Fraktion der CDU **Drucksache 13/2018** - Stichwort: Verbesserung der Personalsituation im Justizvollzugsbereich. Wer ist für diesen Antrag? - Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag** Nr. 140 der Fraktion der CDU **Drucksache 13/2019** - Stichwort: Erhöhung der Zahl der Einstellungsermächtigungen im Justizvollzug. Wer ist für diesen Antrag? - Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag** Nr. 141 der Fraktion der CDU **Drucksache 13/2020** - Stichwort: Reduzierung der Ausgaben für private Sicherheitsdienste. Wer ist für diesen Antrag? - Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen

der Koalitionsfraktionen und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion **abgelehnt**. (C)

Wir kommen zur GesamtAbstimmung über den Einzelplan 04 entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 13/1804**. - Wer für die Beschlussempfehlung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Gibt es Stimmenthaltungen? - Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU-Fraktion und FDP-Fraktion **angenommen**.

Ich rufe **Nummer 6** auf:

Stellenpläne

Ich eröffne die Beratung und erteile für die CDU-Fraktion dem Abgeordneten Stahl das Wort.

Helmut Stahl (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Heute ist mehrfach festgestellt worden, ich will es auch noch einmal tun: Politik in Nordrhein-Westfalen ist, was die Finanzseite angeht, weitestgehend handlungsunfähig. Ihr Finanzminister, werter Herr Ministerpräsident, betont das durchaus offen immer wieder in Interviews. Diese Feststellung von mir ist somit kaum originell. (D)

Politik ist eingeklemmt zwischen festgezurrten Ausgabenblöcken; der gewichtigste ist der Block der Personalausgaben. Da hat sich die Landesregierung Ziele gesetzt. Sie, Herr Ministerpräsident, haben im September letzten Jahres in Ihrer Regierungserklärung gesagt: Wir wollen, dass die Personalausgaben 50 % der Steuereinnahmen des Landes nicht übersteigen. Noch im August wurde der Finanzbericht 2002 der Landesregierung veröffentlicht, in dem zu lesen ist, dass man nach wie vor daran festhält, 40 % der Gesamtausgaben bzw. 50 % der Steuereinnahmen nicht zu überschreiten bzw. sich das Ziel zu setzen, da wieder hinzukommen.

Festzustellen ist, dass Sie gut ein Jahr nach Ihrer Regierungserklärung, ein paar Wochen nach Veröffentlichung des Finanzberichtes 2002 eingestehen mussten, dass das wohl alles nichts wird.

(Heiterkeit bei Ministerpräsident Wolfgang Clement)